

## Das Ende der DDR – Phänomen imperialen Zusammenbruchs

Gerhard Wettig

In der DDR waren System und Regime wie in keinem anderen Staat darauf ausgerichtet, sich auf jede nur denkbare Weise gegen Infragestellungen ihrer Existenz abzuschirmen. Die gewaltige Militärmaschine des Warschauer Pakts schien jede auswärtige Herausforderung von vornherein abzuhalten. Auch die Apparate der inneren Sicherheit, die jederzeit durch die im Lande stehenden sowjetischen Truppen verstärkt werden konnten, hatten, gemessen an der Sowjetunion, einen größeren Umfang. Und doch fand der ostdeutsche Staat ebenso rasch wie widerstandslos sein Ende. Das erscheint widersinnig. Will man dieses ungewöhnliche Phänomen erklären, ist folgende Frage zu beantworten: Welche Stützen trugen den SED-Staat und wie gingen sie verloren?

System und Regime der DDR waren von Anfang an das Produkt sowjetischen Willens.<sup>1</sup> Aufrecht erhielt sie nur die UdSSR mit ihren Gewaltinstrumenten, die am 17. Juni 1953 in der DDR zum Einsatz gekommen waren und später mittels der "Breshnew-Doktrin" offiziell zur Basis der Herrschaftssicherung in der "sozialistischen Gemeinschaft" erklärt wurden.<sup>2</sup> Die Feststellung, daß System und Regime auf dem Willen Moskaus beruhten, gilt gleich-

ermaßen für die anderen Länder des äußeren sowjetischen Imperiums. Dennoch gab es eine entscheidende ostdeutsche Besonderheit: Hier fehlte auch der staatlichen Existenz als solcher die Legitimation, denn die Bevölkerung betrachtete weiterhin die DDR als eine Abspaltung der deutschen Nation, die ihnen von der Bundesrepublik repräsentiert schien. Eine Krise von Regime und System lief daher unvermeidlich auch auf eine Krise des Staates selbst hinaus. Die DDR war somit im Unterschied zu den anderen Ländern des äußeren Imperiums der UdSSR auf totale Weise deren Schöpfung. Dieser Umstand kam unter anderem in einer besonders engen Verschränkung der Sicherheitsapparate zum Ausdruck.<sup>3</sup>

Zu den ständigen Problemen der DDR gehörte eine begrenzte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die in deutlichem Widerspruch zu weitgespannten materiellen Anforderungen - den enormen Bedürfnissen der Macht- und Sicherheitsapparate wie auch den vollmundigen Versprechen sozialistischer Komsumbefriedigung - stand. Daher wurde bereits 1953 die Führung in Moskau gewahr, daß sich das Ziel einer Stabilisierung der ostdeutschen Verhältnisse nicht allein durch den Einsatz bewaffneter Macht erreichen ließ. Es galt, Regime und System gleichermaßen durch materielle Zuwendungen zu stützen. Angesichts der zunehmend hervortretenden Produktivitätsschwächen sozialistischen Wirtschaftens und der gleichzeitigen ökonomisch-sozialen Erfolge der Bundesrepublik hielt es die SED-Spitze für unerlässlich, ihrer Bevölkerung wenigstens ein Mindestmaß bescheidenen Wohlstandes zu bieten. Das ließ sich - vor allem nachdem Honek-

<sup>1</sup> Die sowjetische Führung war sich dessen voll bewusst, vgl. Breshnews Bemerkung gegenüber Honecker bei dessen Amtsantritt, zitiert bei Hertle, Hans-Hermann: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996, S. 25.

<sup>2</sup> Das hob beispielsweise Berija Ende Mai 1953 bei Beratungen im Kreis der sowjetischen Führung ausdrücklich hervor, berichtet bei Gromyko, Andrei: Memories, translated by Harold Shukman [aufgrund der 2. russ. Aufl.], London 1989, S. 316.

<sup>3</sup> Vgl. im Blick auf den Staatssicherheitsdienst u.a. Engelmann, Roger: Diener zweiter Herren, in: Suckut, Siegfried/Süß, Walter (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 51-72.

ker nach seinem Amtsantritt ein darauf abzielendes umfassendes Programm verkündet hatte - ohne massive indirekte Subventionen der UdSSR (insbesondere in Form von Energie- und Rohstofflieferungen zu sehr günstigen Konditionen) nicht durchführen. Diese materielle Unterstützung ist als die logische Konsequenz des sowjetischen Willens anzusehen, in der DDR (so wie in den anderen Ländern der "sozialistischen Gemeinschaft") mit allen Mitteln, einschließlich denen der Gewalt, politische Verhältnisse nach eigenem Dafürhalten zu etablieren und zu bewahren: Wenn das aufgenötigte Regime und System in Schwierigkeiten geriet, konnte die sowjetische Seite deren Funktionsfähigkeit nicht durch bloßen Waffeneinsatz gewährleisten, sondern mußte auch die notwendigen materiellen Bedingungen herstellen. Demgemäß zog die "Breshnew-Doktrin" für Moskau unausweichlich hohe Kosten des Imperiums nach sich. Die unerschöpflich erscheinenden Energie- und Rohstoffreserven der UdSSR waren die Grundlage dieser Politik.

Zu diesen primären Herrschaftsgrundlagen kamen solche sekundärer Art. Die SED-Spitze leistete - außer durch einen engen Schulterschuß mit der Sowjetunion - vor allem durch innere Geschlossenheit einen Beitrag zu ihrem Machterhalt. Nicht nur hatte der eigene Macht- und Sicherheitsapparat "monolithisch" zu agieren. Als mindestens ebenso wichtig erschien es, daß die oberste Führung bei dessen Lenkung und bei der Aufrechterhaltung der vollen Kontrolle im Lande einig und entschlossen war. Unverzichtbares Korrelat der Repression, die als Spezifikum des Systems zu gelten hat, war die abgeriegelte innerdeutsche Grenze, also die Verweigerung der Möglichkeit, dem Regime den Rücken zu kehren. Nur unter dieser Voraussetzung war der Erfolg der Einschüchterung gewährleistet, die der Macht- und Sicherheitsapparat ausstrahlte. Die "Mauer" bildete somit einen unverzichtbaren Bestandteil von Re-

gime, System und Staat. Ihre Existenz war zudem Grundlage für jenes Geschäft "menschliche Erleichterungen im geteilten Deutschland" gegen westdeutsche Finanzleistungen, das in der Honecker-Ära beim Stopfen der wachsenden Löcher der ostdeutschen Bilanzen entscheidende Bedeutung erlangte.

Alle diese Herrschaftsgrundlagen wurden von Entwicklungen untergraben, auf die die Welt außerhalb des sowjetischen Imperiums in den grundlegenden Punkten kaum Einfluß hatte.<sup>4</sup> Für das weitere Geschehen

<sup>4</sup> Der Autor hat relevante Probleme bereits an anderer Stelle analysiert: Wettig, Gerhard: Niedergang, Krise und Zusammenbruch der DDR, in: Kuhrt, Eberhard (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, Opladen 1996, S. 379-455; ders.: Die Transformation vom Kalten Krieg zu den gegenwärtigen Herausforderungen, in: Außenpolitik, 48. Jg. (1997) H. 2, S. 107-116. Als einschlägige Darstellungen s. Elvert, Jürgen/Salewski, Michael (Hrsg.): Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993; Görtemaker, Manfred: Unifying Germany, 1989-1990, New York 1994; ders.: Der Weg zur Einheit. Deutschland seit Mitte der achtziger Jahre. Informationen zur politischen Bildung 250, Bonn 1996; Hertle, Hans-Hermann: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996; Küchenmeister, Daniel (Hrsg.): Honecker - Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993; Kuhrt, Eberhard: Am Ende, a.a.O.; Kuhrt, Eberhard (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996; Löw, Konrad (Hrsg.): Ursachen und Verlauf der deutschen Revolution 1989, Berlin 1993; Maier, Charles S.: Dissolution. The Crisis of Communism and the End of East Germany, Princeton/NJ 1997; Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, Gütersloh 1993; Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987-1990, Berlin 1996; Simon, Gerhard/Simon, Nadja: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993;

in der DDR wurde die kurz nach der Amtsübernahme getroffene Entscheidung Honeckers entscheidend, der latenten Unzufriedenheit im Lande nicht nur durch einen enormen Ausbau des Staatssicherheitsdienstes, sondern zudem durch eine ehrgeizige, wenn auch im Vergleich zur Bundesrepublik bescheiden bleibende, Konsumorientierung zu begegnen. Beides erforderte enorme finanzielle Aufwendungen, die nicht mehr auf die bisherige Weise aufgebracht werden konnten. Das SED-Regime mußte sich im westlichen Ausland zunehmend verschulden und sah sich zugleich in wachsendem Maße auf die Zahlungen angewiesen, die ihm vor allem seit den frühen siebziger Jahren aus der Bundesrepublik zufließen. Die dadurch geschaffenen Probleme, welche die oberste Führung einfach ignorierte und verdrängte, kumulierten im Laufe der Zeit.

Die Schwierigkeiten traten in ein kritisches Stadium, als die sowjetische Vormacht Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre erkannte, daß sie nicht länger aus dem Vollen schöpfen konnte, und folgerichtig damit begann, die den "sozialistischen Bruderländern" beim Bezug von Energie und Rohstoffen bis zu diesem Zeitpunkt eingeräumten Vorzugskonditionen einzuschränken. Die DDR sah sich mit akuter Aussicht auf Zahlungsunfähigkeit konfrontiert, die ihr künftig westliche Kredite verwehrt hätten. Das hätte den dringend nötigen - ohnehin schon weit unter Bedarf liegenden - Technologie-Import aus dem Westen weitestgehend zum Erliegen gebracht und damit eine kaum zu überschätzende Katastrophe bedeutet. In dieser Lage bot die Bonner Regierung die Hand zur Rettung, indem sie nicht nur zur Vermeh-

rung der bisherigen leistungsgebundenen wie leistungsfreien Zahlungen bereit war, sondern auch der internationalen Finanzwelt mit zwei Milliardenkrediten neues Vertrauen zur DDR vermittelte. Das wurde zu einer grundlegenden Erfahrung für das SED-Regime: Die westdeutsche Seite war von da an, auch wenn sie politisch als "Klassenfeind" betrachtet und behandelt wurde, der unverzichtbare Partner beim Ausgleich der ökonomischen Bilanz.

Die materielle Abhängigkeit von Bonn, in der sich Ost-Berlin damit befand, wirkte sich auf das existenzentscheidende Verhältnis zu Moskau aus. Schon als Mitte der siebziger Jahre erstmals deutsch-deutsche Kooperationen in Gang gekommen waren, war ein gewisses Mißtrauen in die Beziehungen der DDR zu ihrer sowjetischen Schutzmacht gekommen: Die UdSSR suchte das Zusammenwirken zwischen beiden deutschen Staaten so weit wie möglich zu begrenzen, und die SED-Führung reagierte, indem sie - im Unterschied zur sonst geübten Praxis - dem Kreml genaue Informationen über ihre einschlägige Politik vorenthielt. Nach der Bonner Rettungsaktion vertiefte sich der Gegensatz zwischen den zwei "sozialistischen Bruderländern". Als Moskau die Stationierung von NATO-Raketen in der Bundesrepublik mit einer gegen Bonn gerichteten Beziehungsblockade beantwortete, scherte Ost-Berlin aus und bemühte sich im deutsch-deutschen Verhältnis um eine "Schadensbegrenzung", welche die Fortdauer der bislang genossenen materiellen Vorteile gewährleisten würde. Zugleich ging es Honecker, der widerwillig die Orientierung seiner Bevölkerung an den Standards der Bundesrepublik zur Kenntnis nehmen mußte, um eine Legitimierung seiner Herrschaft mittels deren augenfälliger Anerkennung durch Bonn. Aus diesem Grund betrieb er seinen Besuch in Westdeutschland: Die Menschen in seinem Lande sollten sehen, wie er dort mit allen Ehren

---

Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): "Vorwärts immer, rückwärts nimmer!" Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994; Wettig, Gerhard: *Changes in Soviet Policy Towards the West*, London 1990.

empfangen und hofiert werden würde. Der Plan führte zu einem jahrelangen Zerwürfnis mit dem Kreml, der im Interesse der antibundesdeutschen Strafab sicht dem SED-Chef die Reise untersagt hatte.

Das existenzbegründende Verhältnis der DDR zu ihrer Schutzmacht war somit bereits zerrüttet, als der sowjetische Politikwandel unter Gorbatschow weitere, noch größere Belastungen hinzufügte. Der KPdSU-Generalsekretär war sich allem Anschein nach von Anfang an bewußt, daß die bisherige sowjetische Politik geändert werden müßte. Eines der grundlegenden Probleme war eine - vor allem durch exzessive Rüstung herbeigeführte - Überbeanspruchung der sowjetischen Ressourcen, die deren zunehmende Erschöpfung nach sich zog. Gorbatschow erkannte, daß sein Land mit seiner überall gefürchteten militärischen Stärke immer mehr ins Hintertreffen geriet: Nicht allein war dessen allgemeine innere Entwicklung in besorgniserregendem Maße zurückgeblieben, zugleich hatte die fast ausschließliche Konzentration auf militärische Parameter, die Macht der UdSSR nach außen empfindlich beeinträchtigt, weil Moskau in allen anderen, international immer wichtiger werdenden Hinsichten immer weniger zählte. Gorbatschow sah sich zudem mit der Aussicht konfrontiert, daß seinem Land die materielle Basis für die Weltmachtstellung, selbst in militärischer Hinsicht, abhanden zu kommen drohte. Überlegungen dieser Art führten zu dem Schluß, daß künftig die bislang vernachlässigte Entwicklung der sowjetischen Innenverhältnisse und Ressourcen Vorrang erhalten müsse.

Der anfängliche Versuch, die Schwierigkeiten durch "Beschleunigung", d.h. durch eine wirksamere Anwendung der bisherigen Prinzipien, zu beheben, erwies rasch seine Untauglichkeit. Gorbatschow entschloß sich daher zu systemändernden Maßnahmen: Im Inneren probierte er es mit "Umgestaltung" (perestrojka); gegenüber

der Außenwelt setzte er auf "neues Denken". Das lief vor allem auf zweierlei hinaus: auf radikale Einschränkung und schließliche Abschaffung der Kosten des Imperiums und auf die Anbahnung guter Beziehungen zum Westen mit dem Ziel, durch Feindschaftsabbau eine Verringerung der Rüstungslasten zu ermöglichen und eine Kooperation mit sich anschließender westlicher Technologie- und Finanzhilfe einzuleiten. Vor allem zwei westliche Länder erschienen unerlässlich: die USA zwecks Anbahnung einer sicherheitspolitischen Partnerschaft und die Bundesrepublik zwecks Bereitstellung materieller Hilfen. Das veränderte Herangehen an die außenpolitischen Fragen wirkte sich sofort auf das Verhältnis der UdSSR zu den Gefolgschaftsstaaten des äußeren Imperiums aus. Gorbatschow ließ deren politische Führungen im Herbst 1987 wissen, daß sein Land nicht mehr für sie einstehen werde. Sie müßten fortan selbst mit ihren Schwierigkeiten fertigwerden; die Sowjetunion werde nicht länger die Verantwortung und die damit verbundenen Belastungen tragen. Der Ankündigung folgte die Tat: Moskau sah für die nächsten Jahre den Abbau der Vorzugskonditionen bis zum Nullpunkt vor.

Konsequenterweise ging der sowjetische Verzicht auf die Verantwortung für das äußere Imperium mit einem ebensolchen Verzicht auf „Bevormundung“ einher: Den anderen Ländern der "sozialistischen Gemeinschaft" wurde das Recht eingeräumt, über ihre inneren Angelegenheiten bis hin zu Systemfragen nach eigenem Ermessen zu entscheiden. Von dieser neuen Freiheit machten zunächst Ungarn und dann auch Polen Gebrauch. In beiden Ländern kamen bis Sommer 1989 Regierungen ins Amt, die nicht mehr an kommunistischen Vorstellungen orientiert waren. Der SED-Führung unter Honecker erschien diese Entwicklung äußerst bedrohlich: Die UdSSR verweigerte sich der bis 1987 prin-

zipiell akzeptierten Verantwortung für den Erhalt der inneren Stabilität der DDR und baute die der ostdeutschen Seite auf dieser Basis gewährten materiellen Vorteile rücksichtslos ab; die "Umgestaltung" in der Sowjetunion und die Abkehr der Ungarn und Polen von der sozialistischen Idee untergruben die innere Legitimation und den äußeren Rückhalt des SED-Regimes.

Die Auswirkungen machten sich in Ostdeutschland rasch bemerkbar: In der Bevölkerung traten immer mehr Widerspruch, Unruhe und Aufsässigkeit zutage; innerhalb der Parteiführung bildete sich, ausgehend vor allem von den Parteigängern Moskaus, eine Anti-Honecker-Fraktion. Die Opponenten an der Spitze der SED hielten eine Anpassung an die neue sowjetische Linie für notwendig und bemühten sich in hergebrachter Weise um die Zustimmung des Kreml zur Ersetzung des SED-Chefs. Gorbatschow war jedoch nicht bereit, den Ost-Berliner Funktionären Entscheidung und Verantwortung abzunehmen. Diese aber waren es gewohnt, sich auf die sowjetische Schutzmacht zu verlassen, und so kam es, da sich auch Honecker zu nichts aufraffte, zu einer langen Phase der politischen Untätigkeit, während der sich die Probleme weiter verschärften. Zugleich wurde die - nach außen hin aufrechterhaltene - Geschlossenheit des SED-Politbüros immer mehr zur Fassade: Während Honecker Vorbereitungen traf, den sich in der DDR anbahnenden offenen "Klassenkampf" mit Waffengewalt ausfechten zu lassen, hegten seine Gegner die Hoffnung, die auftretenden Probleme durch Reformen nach sowjetischem Vorbild lösen zu können, und waren daher willens, den Einsatz bewaffneter Gewalt zu vermeiden. Mehr noch: Öffentliche Äußerungen der Unzufriedenheit im Lande eröffneten ihnen Chancen für die angestrebte Ablösung des SED-Chefs und erschienen von daher zunächst als etwas Positives.

Ohne daß dies damals irgendeiner Seite so recht bewußt geworden wäre, befand sich somit die SED-Herrschaft innen- wie außenpolitisch bereits in einer äußerst kritischen Phase, bevor offene Herausforderungen entstanden. Zu Beginn der kritischen Phase machte Gorbatschow in der ersten Julihälfte 1989 den Führern der anderen sozialistischen Staaten klar, daß er sich - gemäß dem Grundsatz, daß jedes Land volle Verantwortung für sich zu übernehmen habe - bei dortigen inneren Unruhen in keinem Falle irgendwie eingreifen werde. Diese Weigerung, "befreundete" Regierungen bei Bedarf vor der eigenen Bevölkerung zu schützen, löste bei Honecker Entsetzen aus. Seinem zusammen mit Ceausescu unternommenen eiligen Versuch, den KPdSU-Generalsekretär zu einer Änderung seiner Haltung zu veranlassen, blieb ohne Erfolg. Die militärische Spitze der UdSSR wies das SED-Regime anschließend ausdrücklich darauf hin, daß die Stationierungstruppen in den Kasernen bleiben würden, wenn es zu den inneren Konflikten in der DDR komme, auf die sich Honecker einzustellen begonnen hatte. Diese Vorgänge erschütterten die Fundamente des SED-Staates, ehe diese auf sichtbare Weise einem Test unterzogen wurden.

Erstmals offen zutage trat die Schwäche der ostdeutschen Herrschaft durch Entwicklungen, die sich in Ungarn seit Frühjahr 1989 abzeichneten. Damals hatten sich die Verantwortlichen in Budapest zu einer Öffnung ihrer Westgrenze entschlossen. Auch wenn diese Maßnahme zunächst nur für die eigenen Bürger gedacht war, weckte sie in der DDR-Bevölkerung sogleich Hoffnungen, daß man auf dieser Basis Gelegenheit zur Flucht in die Bundesrepublik finden könne. In der sommerlichen Ferienzeit reisten daher viele tausend Ostdeutsche nach Ungarn, um von dort aus in den Westen zu gelangen. Der Erwartungs- und Überfüllungsdruck, der sich daraufhin ein-

stellte, veranlaßte schließlich Ministerpräsident Nemeth und Außenminister Horn in stillschweigendem Einverständnis mit dem Kreml dazu, die Westgrenze auch für die Ausreisewilligen aus der DDR zu öffnen. Das war für das SED-Regime ein fürchterlicher Schlag: Jenes "Ausbluten" des eigenen Herrschaftsbereichs, um dessen Verhinderung willen man die "Mauer" errichtet hatte, drohte nunmehr auf dem Umweg über ein "Bruderland" in Gang zu kommen. Die Reaktion Ost-Berlins war ein Reise-stopp nach Ungarn.

Dadurch wurde jedoch das Problem nur verlagert. Die Fluchtwilligen wandten sich nun in die CSSR, um in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Asyl zu suchen. Binnen kurzem entstanden dort durch Überfüllung skandalöse Zustände, die über das Fernsehen weltweite Aufmerksamkeit erregten und die tschechoslowakische Regierung dazu veranlaßten, bei der DDR auf eine Lösung des Problems zu dringen. Honecker sah sich schließlich genötigt, einer Ausreise der Botschaftsflüchtlinge in die Bundesrepublik zuzustimmen. Um aber das Gesicht zu wahren, verlangte er, daß diese zunächst auf ostdeutsches Gebiet zurückkehren müßten, um dort ihre Entlassung aus ihrer bisherigen Staatsbürgerschaft entgegenzunehmen.

Das erwies sich als kapitaler Fehler: Die durch die südliche DDR geschleusten Transporte wurden zur Initialzündung einer Demonstrationsbewegung, die von da an den ostdeutschen Staat erschütterte. Obwohl die Protestler nichts von dem Einmischungsverzicht des Kreml wußten und lediglich aus der Reformpolitik in der UdSSR Hoffnung schöpften, blieb die sowjetische Abstinenz nicht ohne Folgen. Den Leitern der gegen die Demonstranten aufgebotenen Sicherheitskräfte war die Haltung der Moskauer "Freunde" nicht unbekannt. Sie wußten daher: Wenn die Repression fehlschlug, konnten sie nicht mehr so wie am 17. Juni 1953 mit einer Rettung

durch die Schutzmacht rechnen; sie mußten vielmehr in diesem Falle erwarten, daß die empörte Volksmenge an ihnen Lynchjustiz üben würde. Nicht zuletzt daraus - und aus dem den allerobersten Kadern bewußten Umstand, daß man einem Staatsbankrott entgegenging, der nur noch mit massiver Hilfe Bonns abzuwenden war - erklärt sich das unter den Verantwortlichen für die Sicherheit verbreitete starke Interesse an einem friedlichen Verlauf der Demonstrationen, die Honecker "mit allen Mitteln" zu beenden befahlen hatte.

Die von entsprechenden Stellen in Ost-Berlin gebilligte Entscheidung der zuständigen Funktionäre in Leipzig vom 9. Oktober 1989, friedlichem Straßenprotest nicht mit bewaffneter Gewalt zu begegnen, resultierte nicht nur aus deren eigenen Überlegungen. Sie entsprach zugleich der Vorgehenslinie der Anti-Honecker-Fraktion.<sup>5</sup> Es war daher auch nicht zufällig, daß auf der Politbürositzung, die am folgenden Tag stattfand, erstmals deutliche Kritik am Parteichef laut wurde, die das Vorspiel zu dessen, eine Woche später erfolgenden, Absetzung war. Da der von der sowjetischen Richtung favorisierte Dresdener Bezirksparteisekretär Modrow als Nicht-Mitglied des SED-Führungsgremiums nicht für die Nachfolge in Betracht kam, fiel die Wahl auf Egon Krenz. Die Rechnung der Honecker-Gegner, daß die sich die innenpolitische Lage nunmehr entspannen werde, ging nicht auf: Das - überdies vage gehaltene - Versprechen von Reformen am sozialistischen System reichte nicht aus, um die Unzufriedenheit im Lande zu beheben. In der Phase des sich nach der Leipziger Entscheidung anbahnenden Führungswechsels hatten sich die Demonstrationen, die fortan keine Unterdrückung

<sup>5</sup> Das zeigt sich u.a. daran, daß zur gleichen Zeit deren Dresdener Exponent, Hans Modrow, die von Honecker angeordnete Linie der Repression verließ (der er während der vorangegangenen Phase gefolgt war).

mehr zu fürchten hatten, stark ausgeweitet. Das Krenz-Regime konnte, wenn es den dringend benötigten moralisch-politischen Kredit im Lande nicht von vornherein verspielen wollte, an Repression nicht denken. Es bemühte sich daher, mittels Konzessionen einen Konsens mit der Bevölkerung herzustellen.

Als Möglichkeit hierfür bot sich ein Eingehen auf den allgemein verbreiteten Wunsch nach Reisefreiheit an. Zugleich sah sich die neue Führung genötigt, auf den Druck zu reagieren, der aus der nach wie vor starken Fluchtbewegung resultierte. In der westdeutschen Botschaft in Prag war, allen Hinderungsversuchen zum Trotz, erneut eine, die internationale Öffentlichkeit beschäftigende, drangvolle Enge entstanden. Die Regierung der CSSR bekundete in Ost-Berlin heftigen Unwillen darüber, daß sie auf ihrem Territorium mit fremden Problemen belastet werde. Es waren diese Vorhaltungen, die für das SED-Regime zum unmittelbaren Anlaß des Handelns wurden. Am Morgen des 9. November 1989 kamen Vertreter der zuständigen drei DDR-Spitzenbehörden zusammen, um über Abhilfe zu beraten. Ihr Auftrag betraf lediglich die Formulierung einer Ausreiseregelung, die der Staatsführung angesichts des Prager Drängens vordringlich erschien. Die drei Funktionäre hielten es jedoch für politisch nicht vertretbar, diejenigen zu privilegieren, die dem SED-Staat den Rücken kehren wollten, während man den loyal zum Verbleib im Lande bereiten Bürgern nicht entgegenkäme. Sie schrieben daher auch Bestimmungen über Besuchsreisen in den Entwurf hinein. Das Ergebnis ihrer Arbeit wurde den zuständigen Parteigremien noch am gleichen Tag vorgelegt und von diesen ohne näheres Hinsehen gebilligt.

Anschließend beauftragte Krenz das für Öffentlichkeitsarbeit verantwortliche Politbüromitglied Günther Schabowski, die Medien zu unterrichten. Mangels Vorbe-

reitung unterließ diesem auf der entsprechenden Pressekonferenz ein fataler Lapsums: Auf die Frage, ab wann die Regelung gelten solle, antwortete er: "Sofort". Die Kunde darüber, die sich sofort verbreitete, ließ die Ost-Berliner augenblicklich zu den Grenzübergängen strömen und freien Übertritt verlangen. Das dortige Wach- und Kontrollpersonal war mangels jeglicher Information und Instruktion darauf nicht vorbereitet und sah sich, als die Vorgesetzten trotz aller Bemühung unerreichbar blieben, schließlich genötigt, dem wachsenden Andrang nachzugeben. Die so erlangte Freizügigkeit ließ sich, nachdem sie auch von der sowjetischen Führung (deren Zustimmung rechtlich notwendig gewesen wäre) um deren generellen Interesses an Westkooperation und Westöffnung willen hingenommen worden war, nicht mehr rückgängig machen.

Das zog weitreichende Konsequenzen nach sich. Zunächst einmal büßte Ost-Berlin die Möglichkeit ein, weiter das Geschäft "menschliche Erleichterungen im geteilten Deutschland" gegen materielle Leistungen Bonns zu betreiben, denn mit der Öffnung der Grenze zum Westen hatte die DDR bereits alles in dieser Hinsicht Denkbare getan. Hinfort gab es, wie sich bald zeigen sollte, für die westdeutsche Seite keinen Grund mehr, das SED-Regime materiell zu unterstützen. Die ostdeutsche Führung stand daher dem nahenden Staatsbankrott, auf den der Staatssicherheitsdienst im Oktober mit einer detaillierten Ausarbeitung hingewiesen hatte, ohne auswegbietende Option gegenüber.

Noch fundamentaler war der Umstand, daß der "Mauerfall" jenes künstliche Korsett beseitigte, das die DDR bis dahin nach außen zusammengehalten hatte. Die ostdeutsche Bevölkerung, die den von der UdSSR geschaffenen SED-Staat nie als nationale Heimstatt angenommen hatte, erhielt nunmehr das Gefühl, daß die - bis dahin völlig unvorstellbare - Option einer Hinwendung

zur Bundesrepublik realistisch wurde. Das wirkte sich sofort konkret aus. Der Straßenprotest wurde nicht länger von jener Bürgerrechtsopposition bestimmt, die es auf eine bessere DDR abgesehen hatte. In den Vordergrund trat der von einer breiten Bevölkerungsmehrheit gehegte Wunsch nach Vereinigung mit Westdeutschland, die eine Übertragung der dortigen Verhältnisse nach sich ziehen werde. An die Stelle des Rufes: "Wir sind das Volk" trat daher die Parole: "Wir sind ein Volk". Damit verloren die bürgerrechtlich geprägten Protagonisten des Aufbegehrens die bisherige Leitfunktion an jene Mehrheit, die ihnen zwar durch ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen Rückhalt geboten hatte, aber bislang stumm geblieben war und nunmehr andere Vorstellungen geltend machte. Damit war freilich noch nicht entschieden, daß sich die neue Tendenz auch politisch durchsetzen würde: Auch wenn sich die breite Bevölkerung jetzt zu artikulieren begann, verfügte sie doch - im Gegensatz zu den Bürgerrechtsgruppen und erst recht zu dem sich zwar auflösenden, aber noch immer mit organisatorischen Ressourcen ausgestatteten Altparteiensystem - nicht einmal ansatzweise über Handlungsfähigkeit. Sie bedurfte eines potenten Akteurs, der ihr Anliegen aufgriff und zur politischen Option machte. Diese Rolle übernahm Bundeskanzler Kohl mit den Parteien der Bonner Regierungskoalition.

Damit standen entscheidende Determinanten der folgenden, zum Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten führenden Entwicklung fest. Zu diesem späten Zeitpunkt suchte die SED-Führung die Situation zu wenden. In der Woche nach der Maueröffnung setzte die prosovjetsche Faktion eine Regierung unter Modrow ein, deren Aufgabe es war, das sozialistische System und den separaten Staat zu rekonstruieren. Das Bemühen scheiterte: Die Auflösung des wirtschaftlichen und sozia-

len Gefüges schritt, verstärkt durch Massenabwanderung in die Bundesrepublik, unaufhaltsam fort; die weiter anwachsende Bürgerrechtsbewegung machte die Versuche des neuen Ministerpräsidenten zur Aufrechterhaltung des Staatssicherheitsdienstes zunichte;<sup>6</sup> Bundeskanzler Kohl verweigerte die von Ost-Berlin geforderte "Soforthilfe" von 15 Mrd. DM und machte sich zum Fürsprecher und Exekutor des Verlangens nach Vereinigung. Auf dieser Grundlage kam eine auf Herstellung der deutschen Einheit ausgerichtete Entwicklung in Gang, für die eine enge Interaktion von Vorgängen in der DDR mit westdeutschen und internationalen Entscheidungen war. Dieses Ineinandergreifen innerer und auswärtiger Politikstränge spiegelte die Tatsache wider, daß der SED-Staat nach der Öffnung der Westgrenze seine Existenzfähigkeit verloren hatte und daß weder die Sowjetunion noch die Bundesrepublik bereit waren, ihm durch massive Subventionen ein - ohnehin nach aller Voraussicht zeitlich begrenztes - Überleben zu ermöglichen. Denn die DDR ließ sich allenfalls künstlich unter größtem, umfangmäßig gar nicht absehbarem Mitteleinsatz aufrechterhalten. Der Zustand eines so weitgehenden Verfalls resultierte im wesentlichen aus Innenentwicklungen des sowjetischen Imperiums. Daher erscheint es berechtigt und geboten, von einem endogenen Zusammenbruch von Regime, System und Staat in Ostdeutschland zu sprechen. Der Umstand, daß nicht allein die kommunistische Herrschaft und die sozialistische Ordnung, sondern auch die Eigenstaatlichkeit von dieser "Implosion"<sup>7</sup> betroffen wurde, ist darauf zurückzuführen, daß die DDR im Gegensatz zu den anderen

<sup>6</sup> Richter, Michael: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar 1996.

<sup>7</sup> So erstmals Oldenburg, Fred: Die Implosion des SED-Regimes, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Köln), Heft 10/1991.

Ländern des äußeren Imperiums kein durch eigene Identität zusammengehaltener Nationalstaat, sondern eine bloße Kreatur der UdSSR war. Aufgrund des fehlenden Einverständnisses der Ostdeutschen mit seiner Existenz fand er ein Ende, als die sowjetische Führung ihn nicht länger garantierte und Regime wie System zugrunde gingen, dessen Raison er dargestellt hatte.

Der Prozeß, der mit der DDR Schluß machte, ist auch als Revolution gedeutet worden.<sup>8</sup> Die Auseinandersetzung mit dieser Ansicht erfordert zunächst eine Klärung der Begriffe. Als Revolution wird gemeinhin eine Umwälzung bezeichnet, die aus einer Konfrontation zwischen Regime und System einerseits und von diesen beherrschten Gruppen und/oder Schichten bzw. sie repräsentierenden Gegeneliten andererseits resultiert und zum Sieg der zweitgenannten Seite mit nachfolgendem Regime- und Systemwechsel führt. Als einen Zusammenbruch dagegen definiert man das Ende eines staatlichen und/oder gesellschaftlichen Organismus, das durch dessen innere Schwäche bzw. Funktionsunfähigkeit hervorgerufen wird. Dabei kann es, vor allem bei repressiv agierenden Systemen, zwar durchaus zu Konflikten zwischen Herrschaftsträgern und ihnen Unterstellten kommen, doch handelt es sich nur um einen Sekundäreffekt: Der bestimmende Tatbestand ist die zum Kollaps hinführende Tendenz des betreffenden Organismus; der gegen diesen sich regende Widerstand ist eine Folgeerscheinung, welche die Entwicklung zum schließlichen Exitus begleitet, aber nicht entscheidend verursacht.

Die Vorstellung, es habe sich in Ostdeutschland um eine Revolution gehandelt, wird durch den Umstand angeregt, daß sich im Frühherbst 1989 am Anfang der entscheidenden Ereigniskette durchaus Momente einer revolutionären Situation feststellen lassen: Die Herrschenden wußten nicht mehr weiter und ließen es an Selbstgewißheit bei der Verteidigung ihrer Positionen fehlen; die Beherrschten waren unzufrieden und wollten die bestehenden Verhältnisse nicht länger akzeptieren. Aber die Geschehnisse, die sich auf dieser Basis entwickelten, besaßen kaum revolutionären Charakter: Regime und System fielen nicht der Vernichtung anheim unter einem machtvollen Ansturm entschlossener Gegner, sondern gingen an der Entschlußlosigkeit seiner Repräsentanten zugrunde - und zwar auf eine unmerkliche Weise, die beiden Seiten Richtung und Konsequenz der sich vollziehenden Ereignisse so lange verhüllte, bis das Ende des Bestehenden unumkehrbar- endgülzig geworden war.

Die den offenen Aufruhr im Lande einleitenden und während der kritischen Phase durchhaltenden bürgerrechtlichen Demonstranten, in denen man wegen ihrer direkt gezeigten Oppositionshaltung noch am ehesten Revolutionäre erkennen könnte, verdanken ihren politischen Sieg einem grundlegenden Einverständnis mit den Sicherheitskräften und deren Leitungsorganen: Beide Seiten waren, wiewohl aus unterschiedlichen Motiven, gleichermaßen an der Vermeidung von Gewalt interessiert. Wohlgemerkt: Es handelte sich nicht um eine Aufkündigung der Loyalität gegenüber dem Regime durch bestimmte Einheiten, sondern um einen Akt des Regimes selbst.<sup>9</sup> Das läßt - neben der fehlenden re-

<sup>8</sup> S. u.a. Horn, Hannelore: Die Revolution von 1989, in: Außenpolitik, 43. Jg. 1/1993, S. 55-65; Richter, Michael: Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der "Wende", Studien und Berichte [des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusanforschung], 2/1995

<sup>9</sup> An der Entscheidung waren nachweislich die obersten zuständigen Entscheidungsträger, insbesondere Krenz als Sicherheitsbeauftragter des SED-Politbüros, beteiligt. Selbst Honnecker soll im Widerspruch zu seinem bis dahin ins Auge gefaßten Konzept des Abrech-

volutionären Zuspitzung der Geschehnisse - schlaglichtartig den Unterschied zu den konfrontativen Verhaltensmustern hervor-treten, die für eine Revolution typisch sind.

Das Folgende entspricht dem dadurch eingeleiteten weithin gewaltlosen und konsensbestimmten Gesamtverlauf: Die Bürgerrechtsgruppen wurden in ihrer Mehrheit zu Verbündeten Modrows bei dessen Bemühen, die Separatstaatlichkeit der DDR zunächst zu retten und dann wenigstens zu verlängern; ein wesentlicher Personalwechsel an der Spitze von Staat und Gesellschaft wurde dem kommunistischen Ministerpräsidenten im Winter 1989/90 nicht abgerungen. Die entscheidenden personellen wie systemischen Veränderungen, die auch bloß partiellen Charakter hatten, kamen erst nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 zustande. Diese aber wurde ebenso wie die anschließende Vereinigung wesentlich durch den Rahmen bestimmt, den Akteure aus der Bundesrepublik, vor allem auch die Bundesregierung und die sie tragende Parteienkoalition, geschaffen hatten. Ein nicht unwichtiger Grund für die schwache Beteiligung politischer Kräfte aus Ostdeutschland war, daß sich der SED-Staat in einem Zustand inneren Zusammenbruchs befand, der seinen Repräsentanten unabhängig davon, ob sie die alte Herrschaftsordnung oder deren Opponenten verkörperten, entscheidendes Gewicht versagte.

Die Tatsache, daß sich nicht allein die kommunistische Führung, sondern auch die aufbegehrende Seite in einem Zustand der Schwäche befand, hing auch mit dem vom alten Regime bis 1989 gepflegten organisatorischen und ideologischen Erbe des Totalitarismus zusammen. Zwar war die - zu recht unter anderem als "Nischengesellschaft" charakterisierte - DDR nach Bewußtsein und Verhalten der Bevölkerung

längst in eine nachttotalitäre Phase eingetreten, nachdem während der Stalin-Zeit verschiedene Sonderbedingungen, insbesondere die damals noch offene Grenze zum Westen, die volle Ausbildung totalitärer Herrschaft verhindert hatten. Aber die totalitären Strukturen, die der sowjetische Diktator seinem Land aufgezwungen hatte, waren vom SED-Regime grundsätzlich übernommen worden. Die UdSSR galt offiziell als das große Vorbild, dem in allem nachzueifern war; die sowjetische Ideologie legte Partei, Staat und Gesellschaft auf die angeblichen Werte totalitärer Leitbilder und totalitärer Organisationsprinzipien fest. Unter diesen Umständen wurde die DDR der Honecker-Ära zu einem Land, das zwar keinen totalitären Zuschnitt mehr hatte, aber gleichwohl das totalitäre Model als weiterhin gültig akzeptierte. Der Widerspruch, der darin lag, war ein wichtiger Antrieb für den Protest, der im Herbst 1989 zum offenen Ausbruch kam.

Vor allem aber wirkten sich die totalitären Strukturprinzipien, an denen die SED-Führung festgehalten hatte, während des Umbruchprozesses entscheidend auf die Handlungsoptionen der streitenden Seiten aus. Als die Voraussetzungen der bislang scheinbar mühelos ausgeübten Herrschaft ins Wanken gerieten, zeigten sich die leitenden Kader von Partei und Staat desorientiert, weil sie sich auf politische Prozesse unter anderen Bedingungen als denen einer Steuerung durch totalitär strukturierte Apparate nicht einzustellen vermochten. Aber auch die Opponenten des Regimes fanden sich in der ungewohnten neuen Lage nicht zurecht. Insbesondere wußten sie genauso wenig das Wünschen und Wollen der breiten Bevölkerung einzuschätzen, sobald diese das Gefühl erhielt, nicht länger an die Vorgaben von oben gebunden zu sein. Als gravierender Nachteil für die Gegner der SED mochte deren Verfügung über den überall im Verborgenen wirkenden Staatssicherheitsdienst erscheinen. Wie sich je-

---

nens mit den Demonstranten zuletzt noch seine Zustimmung gegeben haben.

doch zeigte, wog dieser Umstand weniger schwer, als man hätte vermuten können. Denn zum einen war dieses Instrument der Parteiherrschaft in der weithin entscheidenden Anfangsphase der Unruhen in erheblichem Maße durch Uneinigkeit in der Führung neutralisiert: Der Apparat des MfS erhielt augenscheinlich keine Anweisungen, systematisch gegen Oppositionskreise vorzugehen. Zum anderen war der allgemein verbreitete Widerwillen gegen die Stasi-Überwachung für die Regimegegner ein mächtiger Antrieb und für die amtliche Seite ein moralisches Hemmnis. Auf dieser Basis gelang es Bürgerrechtsaktivisten durch hartnäckigen Einsatz, Zentren des Staatssicherheitsdienstes operativ auszuschalten und der Modrow-Regierung den Verzicht auf Weiterführung dieser Organisation abzutrotzen. Dem steht gegenüber, daß das SED-Regime die Fähigkeit besaß, "Informelle Mitarbeiter" des MfS in die verschiedenen Gruppen der Opposition einzuschleusen und so politisch wichtige Stellen auf der Gegenseite mit Einflußagenten zu besetzen.

Der hauptsächliche Nachteil, den die etablierten totalitären Formalstrukturen für die Regimegegner nach sich zogen, war das weitgehende Fehlen einer sozialen Basis für ihr Vorgehen. Anders als in Ungarn und in Polen, wo - hier unter dem Schirm einer reformwilligen KP-Führung, dort als Ergebnis eines seit dem Ende der Stalin-Zeit vorangeschrittenen Prozesses - jeweils in erheblichem Umfang eine Zivilgesellschaft entstanden war, hatte das totalitäre Erbe Vergleichbares in der DDR nicht zugelassen. Seine in ideologischer und organisatorischer Hinsicht weiterhin aufrecht-erhaltene Gültigkeit war zwar außerstande gewesen, der Bevölkerung des Landes in ein Korsett von tatsächlich noch totalitärem Charakter zu zwängen, aber es reichte aus, um die Bildung zivilgesellschaftlicher Strukturen zu verhindern. Das bedeutete nicht nur, daß die Regimegegner 1989 kei-

nen ihre Bestrebungen tragenden sozialen Boden unter den Füßen hatten. Es fehlten auch, außer in wenigen Ausnahmebereichen wie insbesondere dem der evangelischen Kirche, weithin alternative Eliten, die nach Entmachtung der SED-Kader deren Platz hätten einnehmen können. Mindestens ebenso schwerwiegend war der Mangel an organisatorischen Strukturen und organisatorischer Erfahrung (was mit fehlender finanzieller Ausstattung einherging). Auch wenn die SED/PDS im Herbst und Winter 1989/90 durch Parteiaustritte, Auflösungserscheinungen und Verlust von Satellitenorganisationen empfindlich geschwächt wurde, blieb sie auf dieser Ebene weiterhin im Vorteil gegenüber den oppositionellen Rivalen. Das wirkte sich nicht zuletzt auch auf Verlauf und Ergebnis der "Gespräche am Runden Tisch" aus. Diese Defizite ließen sich weithin nur durch westdeutsche Hilfe ausgleichen, wie sie dann vor der Volkskammerwahl vom März 1990 anliefe.

Insgesamt wurden Regime, System und Staat der DDR nicht durch scharfe, den politischen Durchbruch erzwingende Attacken der Demonstranten zu Fall gebracht. Entscheidend war vielmehr, daß Entwicklungen im sowjetischen Imperium im voraus die herrschenden Verhältnisse unhaltbar gemacht hatten. Das hatte zur Folge, daß nicht von der Stärke des Aufruhrs und des Widerstandes, sondern von der inneren Schwäche der Herrschaftsträger die entscheidenden Wirkungen ausgingen. Die Vorgängen vor Ort, zu den notwendig auch die Einflußnahmen der Bundesrepublik gehörten, bestimmten nur die - freilich nicht unwichtige - Art, wie sich die feststehende Tendenz zum grundlegenden Umbruch in konkrete Neuregelungen umsetzte. Diese Feststellung nimmt der Haltung vor allem der Leipziger Demonstranten vom 9. Oktober 1989 nichts von ihrem bewundernswürdigen Mut: Die damals Protestierenden wußten nicht, wie sehr führende Reprä-

sentanten des Regimes aus eigenen Überlegungen heraus an der Vermeidung von Blutvergießen interessiert waren; sie mußten daher mit der drohenden Möglichkeit bewaffneter Repression rechnen, wie sie Honecker ja auch in der Tat vorgesehen hatte.

Die Courage derer, welche die Speerspitze des Aufruhrs bildeten, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die erzielte Wirkung weniger auf die eigene Kraft als auf begünstigende Umstände zurückzuführen ist, welche die SED-Herrschaft längst unterminiert hatten. Die Vorstellung Honeckers, man könne und solle mit den Demonstranten nach chinesischem Vorbild verfahren, erscheint im Rückblick als blind-aktionistisches Wollen eines im Grunde ratlosen Hasadeurs. Denn wie hätte das ohnehin am Rande des wirtschaftlichen und politischen Ruins stehende Regime nach einem Blutbad, das allgemeine Empörung nach sich gezogen hätte, in völliger Isolierung weitermachen wollen? Zu recht wandten sich Kader vor Ort wie an der Spitze des Landes gegen ein derartig abenteuerliches Vorgehen. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie sehr die Brüchigkeit der Fundamente, auf denen die SED-Führung stand, den Anschein von Stärke auf seiten ihrer Gegner schuf.

Wesentlich aus diesem Grund stürzten Regime, System und Staat beim ersten großen Härtetest rasch und nahezu widerstandslos in sich zusammen. Das Vakuum, welches durch das - in scharfem Kontrast zu den Allmachtsansprüchen Honeckers stehende - verbreitete Bewußtsein der herrschenden Kreise entstanden war, die Situation nicht mehr im Griff zu haben, wurde von der Bürgerrechtsopposition und der sich nach ihrem Durchbruch ebenfalls äußerenden breiten Bevölkerung gefüllt. Grundlegend für das alles war der Tatbestand eines Zusammenbruchs, der sich, entsprechend dem Charakter der DDR als Kreatur der UdSSR, im Kontext der Auflösung des so-

wjetischen Imperiums insgesamt vollzog. Wenn man von einer Revolution reden will, so kann davon nur in einem partiellen und zugleich sekundären Sinne die Rede sein. Denn die Rebellion gegen die SED-Herrschaft entsprach dem revolutionären Muster nur teilweise (weil die Geschehnisse die typische harte Konfrontation vermissen ließen und demzufolge auch der personelle Aspekt der Herrschaftsablösung nur wenig ausgeprägt war), und sie wurde durch eine vorausgehende, auf schließlichen Kollaps hinführende innere Krise des Regimes ausgelöst (die auf Faktoren "oben" zurückzuführen war und als entscheidende Voraussetzung für das Aufbegehren "unten" gelten muß).<sup>10</sup>

### Literatur:

Engelmann, Roger: Diener zweiter Herren, in: Suckut, Siegfried/Süß, Walter (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 51-72

Görtemaker, Manfred: Unifying Germany, 1989-1990, New York 1994

<sup>10</sup> Es entspricht der geschichtlichen Kontinuität in Deutschland, daß Aufruhr gegen ein Regime nur dann zum Erfolg führte, wenn dieses vorher entscheidend geschwächt war und dem Zusammenbruch entgegenging. Eine solche Lage bestand, aller Unterschiede zu den Vorgängen von 1989 ungeachtet, auch im November 1918, als die Monarchie durch die von der Matrosenmeuterei ausgehenden Bewegung hinweggefegt wurde. Dagegen scheiterte die Revolution von 1848, die sich gegen im wesentlichen intakte staatliche Gewalten richtete: Als diese ihre Möglichkeiten wahrnahmen und um Niederwerfung der Demokraten bemüht waren, behielten sie meist ohne übermäßige Mühe die Oberhand. In diesem Zusammenhang ist auch die - im Vergleich zu den Protesten des Herbstes 1989 weit mächtigere - Erhebung des 17. Juni 1953 zu erwähnen, die zwar das im Land nicht verwurzelte SED-Regime ins Wanken brachte, aber der militärischen Kraft der Besatzungsmacht von vornherein unterlegen war.

- Ders.: Der Weg zur Einheit. Deutschland seit Mitte der achtziger Jahre. Informationen zur politischen Bildung 250, Bonn 1996
- Gromyko, Andrei: Memories, translated by Harold Shukman [aufgrund der 2. russ. Aufl.], London 1989
- Hertle, Hans-Hermann: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996
- Horn, Hannelore: Die Revolution von 1989, in: Außenpolitik, 43. Jg. (1993), Heft 1, S. 55-65
- Küchenmeister, Daniel (Hrsg.): Honecker - Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993
- Kuhr, Eberhard (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996
- Löw, Konrad (Hrsg.): Ursachen und Verlauf der deutschen Revolution 1989, Berlin 1993
- Maier, Charles S.: Dissolution. The Crisis of Communism and the End of East Germany, Princeton/NJ 1997
- Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, Gütersloh 1993
- Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987-1990, Berlin 1996
- Oldenburg, Fred: Die Implosion des SED-Regimes, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Köln), Heft 10/1991
- Richter, Michael: Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der "Wende", Studien und Berichte [des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung], 2/1995
- Richter, Michael: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar 1996
- Simon, Gerhard/Simon, Nadja: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993
- Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): "Vorwärts immer, rückwärts nimmer!" Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994
- Wettig, Gerhard: Niedergang, Krise und Zusammenbruch der DDR, in: Kuhr, Eberhard (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, Opladen 1996, S. 379-455
- Ders.: Die Transformation vom Kalten Krieg zu den gegenwärtigen Herausforderungen, in: Außenpolitik, 48. Jg. 2/1997, S. 107-116. Als einschlägige Darstellungen s. Elvert, Jürgen/Salewski, Michael (Hrsg.): Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993
- Ders.: Changes in Soviet Policy Towards the West, London 1990